

Pressemitteilung

Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

BDI: Wirtschaft hält Klimaschutzzusagen ein

- Neuer RWI-Monitoring-Bericht im Auftrag von Bundesregierung und Wirtschaft
- Regierung muss sich an Vereinbarung halten
- Spitzenausgleich und ermäßigter Ökosteuersatz entscheidend für das Industrieland Deutschland

Seite
1 von 2

57/2010

30. August 2010

„Der neue RWI-Monitoring-Bericht 2009 beweist: Die Industrie hat ihre Verpflichtung erfüllt, den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich zu reduzieren. Nun muss auch die Politik ihren Teil der Vereinbarung einhalten und die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer für die Industrie beibehalten.“ Das forderte BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf anlässlich des jüngsten Monitoring-Berichts des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) am Montag in Berlin.

Das RWI überwacht im Auftrag von Wirtschaft und Bundesregierung die Einhaltung der Zusagen aus der gemeinsam geschlossenen Klimavereinbarung vom 9. November 2000. „Die an der Vereinbarung zur Klimavorsorge beteiligten Sektoren konnten die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2009 um fast 184 Millionen Tonnen beziehungsweise um knapp 27 Prozent gegenüber 1990 verringern“, heißt es im RWI-Monitoring-Bericht 2009.

„Alle bisherigen Monitoring-Berichte haben festgestellt, dass die Wirtschaft ihre zugesagten Ziele erreichen wird. Dabei ist hervorzuheben, dass sich die beteiligte Industrie trotz der schlechten wirtschaftlichen

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu
E-Mail
Presse@bdi.eu

Entwicklung im letzten Jahr weiter für die Steigerung ihrer Energieeffizienz engagiert hat“, sagte Schnappauf.

Seite
2 von 2

„Spitzenausgleich und ermäßigter Ökosteuersatz sind für die energieintensiven Unternehmen unabdingbar, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen“, unterstrich der BDI-Hauptgeschäftsführer. Die deutschen Industriestrompreise einschließlich Steuern und Abgaben gehörten bereits heute zu den höchsten innerhalb der EU.

Wenn dieser Nachteilsausgleich entfällt, ist eine schleichende Abwanderung von Industrien zu befürchten. Schnappauf: „Die Bundesregierung muss eine solche Schwächung des Industriestandorts Deutschland unbedingt vermeiden. Die geschlossenen Wertschöpfungsketten in Deutschland würden gefährdet. Sie sind für hunderttausende von Arbeitsplätzen von existenzieller Bedeutung.“